

No taxation without representation

Zu Trumps Niederlage vor dem Supreme Court

Der Slogan „Keine Besteuerung ohne Vertretung“ war Ausgangspunkt und Kern der amerikanischen Unabhängigkeitsbewegung. Damit bekämpften die Kolonisten in der Neuen Welt die ihnen vom britischen Parlament auferlegten Steuern und Zölle („äußere Steuern“) vor allem auf aus England importierten Tee. Sie waren zwar britische Staatsbürger, hatten aber wegen der räumlichen Entfernung keine Möglichkeit an den Parlamentswahlen teilzunehmen. Die beschlossenen Steuern und Zölle seien ein „Akt der Tyrannei“, weil sie als Betroffene im Parlament keine gewählten Vertreter hatten, die darüber hätten entscheiden können.

So kam es zu einer Boykottbewegung gegen den mit Zöllen belegten und so verteuerten Tee. Als die englische Regierung versuchte, mit Billigimporten diesen Boykott zu unterlaufen, kam es am 16. Dezember 1773 zu berühmten „Boston Tea Party“, bei der auf britischen Handelsschiffen eingeführte der Billig-Tee ins Meer gekippt wurde. Der Vorschlag des britischen Staatsphilosophen und Abgeordneten Edmund Burke, den Kolonien zuzugestehen, sich selbst zu besteuern, fand keine Unterstützung. Die Situation eskalierte und im April 1775 brach der amerikanische Unabhängigkeitskrieg aus.

Es ist vor diesem Hintergrund nicht überraschend, dass nach der Unabhängigkeit die amerikanische Verfassung als einen ihrer zentralen Punkte festschrieb, dass nur der US-Kongress (Repräsentantenhaus und Senat) hat das Recht hat, Steuern und Zölle zu beschließen – also „No Taxation without representation“.

Dies wollte Trump mit seiner Zollpolitik umgehen. In seinem autokratischen Grundverständnis versuchte er so häufig wie keiner seiner Vorgänger durch Dekrete am Kongress vorbei zu regieren. Dazu rief er allein in seinen ersten 100 Tagen achtmal den nationalen Notstand aus – etwa so oft wie andere Präsidenten in ihrer gesamten vierjährigen Amtszeit.

So berief sich Trump auch bei seinen Zoll-Dekreten auf einen angeblich nationalen Notstand nämlich den „International Emergency Economic Powers Act (IEEPA)“ von 1977. Dieses Gesetz ermächtigt den Präsidenten, das Vorliegen einer „ungewöhnlichen und außerordentlichen Bedrohung ... für die nationale Sicherheit, die Außenpolitik oder die Wirtschaft der Vereinigten Staaten“ zu erklären, wenn diese ihren Ursprung „ganz oder zu einem wesentlichen Teil außerhalb der Vereinigten Staaten“ hat. Trump behauptete, diese Bedrohung sei durch das US-Handelsdefizit gegeben, gegen das man sich durch Notstandsdekrete zur Einführung von Zöllen ohne Zustimmung des Kongresses wehren müsse. Dagegen klagten vor dem Obersten Gerichtshof einige von den Zöllen betroffene mittelständische Unternehmen sowie zwölf US-Bundesstaaten.

Der Oberste Gerichtshof der USA urteilte am 20. Februar 2026 mit 6:3 Stimmen, dass Trumps Zolldekrete gegen die US-Verfassung verstoßen. Der Oberste Richter John Roberts verfasste selbst die Begründung, in der es heißt: „Der Präsident beansprucht die außerordentliche Befugnis, einseitig Zölle von unbegrenzter Höhe, Dauer und Reichweite zu verhängen. Angesichts des Umfangs, der Geschichte und des verfassungsrechtlichen Kontexts dieser beanspruchten Befugnis muss er eine

eindeutige Ermächtigung des Kongresses für deren Ausübung nachweisen.“ Die von Trump geltend gemachte Notstandsverordnung, so das Gericht, sei unzureichend. „Wenn der Kongress die Befugnis zur Erhebung von Zöllen erteilt, tut er dies klar und mit sorgfältig festgelegten Beschränkungen. Das ist hier nicht der Fall.“

Das Urteil ist nicht nur eine schwere Niederlage für Trumps Zollpolitik, sondern stärkt die von Trump zunehmend in Frage gestellte Gewaltenteilung und zeigt die Grenzen seiner autokratischen Politik klar auf.

Mit seiner heftigen Reaktion auf das Urteil zeigte Trump wie sehr er davon getroffen ist. Er beschimpfte das Verfassungsgericht und einzelne Richter heftig. Sein Vizepräsident Vance beschuldigte die Verfassungsrichter sogar der „Gesetzlosigkeit“. Diese unmäßigen Reaktionen haben viel damit zu tun, dass sich ausgerechnet zwei der drei von Trump selbst ernannten Richter gegen ihn stellten. Sein Verständnis von Loyalität im Sinne des „Kadavergehorsams“ kann solche Eigenständigkeit nicht ertragen.

In einer ersten Reaktion will Trump seine Zoll-Dekrete nun nicht mehr mit einem nationalen Notstand begründen, sondern beruft sich jetzt für einen globalen Zoll von 15 Prozent auf ein Handelsgesetz aus dem Jahr 1974. Dieses erlaubt dem Präsidenten die Einführung von Zöllen von 15 Prozent für bis zu 150 Tage, um auf gravierende Ungleichgewichte in der Zahlungsbilanz zu reagieren. Nach dieser Frist verfallen die Zölle wieder, wenn sie vom Kongress nicht bestätigt werden.

Besonders bemerkenswert ist, wie der Urteilsbegründung gerade der von Trump selbst berufene Verfassungsrichter Neil Gorsuch den Präsidenten in die Schranken weist. Gorsuch unterstreicht ausdrücklich, wie wichtig es ist „dass die meisten wichtigen Entscheidungen, die die Rechte und Pflichten der amerikanischen Bevölkerung betreffen (einschließlich der Pflicht zur Zahlung von Steuern und Zöllen), aus gutem Grund durch den Gesetzgebungsprozess geleitet werden.“ Er fügt hinzu:

„Ja, Gesetzgebung kann schwierig und zeitaufwendig sein.

Und ja, es kann verlockend sein, den Kongress zu umgehen, wenn ein dringendes Problem auftritt. Aber des Gesetzgebungsprozesses durch den respektvollen Austausch von Argumenten unter Gleichberechtigten war der eigentliche Sinn seiner Gestaltung.

Durch diesen Prozess kann die Nation auf die gebündelte Einsicht der gewählten Volksvertreter zurückgreifen, nicht nur auf die einer einzelnen Gruppierung oder Person.

Dort zügelt die Beratung Impulse, und Kompromisse führen zu praktikablen Lösungen.

Und da Gesetze eine so breite Unterstützung benötigen, um den Gesetzgebungsprozess zu überstehen, haben sie in der Regel Bestand und ermöglichen es den Bürgern, ihr Leben so zu planen, wie es ihnen nicht möglich ist, wenn sich die Regeln ständig ändern.

Insgesamt trägt der Gesetzgebungsprozess dazu bei, dass jeder von uns ein Interesse an den Gesetzen hat, die uns regieren, und an der Zukunft der Nation.

Für manche ist die Bedeutung dieser Werte heute offensichtlich.

Für andere mag sie nicht so klar sein.

Aber wie die Geschichte uns lehrt, wird sich das Blatt wenden, und der Tag wird kommen, an dem diejenigen, die vom heutigen Ergebnis enttäuscht sind, den Gesetzgebungsprozess als das Bollwerk der Freiheit zu schätzen wissen werden.“

Diese Sätze gehören in jedes Schulbuch – nicht nur in den USA. Dass gerade ein von Trump ernannter Verfassungsrichter die Notwendigkeit der Gewaltenteilung so klar hervorhebt, ist ein Hoffnungs-schimmer für alle, denen das autokratische Politikverständnis von Trump große Sorgen macht.